

Einschreiten statt wegschauen

Gewalt Auf Rundgängen lernen Jugendliche in Zürich, wie sie als Zeuge richtig helfen können

Zwei Männer belästigen im Bus eine Frau. Wegschauen oder eingreifen? Und wenn ja, wie? Zivilcourage kann man üben. Von Mädchen mit Mut und Jungs mit grosser Klappe.

ROMAN HODEL

«Du Wixer!», schreit Marco einen Hauswart an, der gerade den Platz fegt. «Du hast meiner Freundin nicht auf den Arsch zu schauen, los hau ab, du seniler Penner!» Er schubst den Hauswart zur Seite, schmeisst ihm die Brille zu Boden, schreit ihn weiter an. Der Hauswart versucht sich zu wehren. Da holt Marco mit der Faust aus. «Stopp!», ruft Andi Geu von National Coalition Building Institute, einem Verein spezialisiert auf Konfliktthemen.

Glück für den Hauswart – die Gewaltszene vor dem Gemeinschaftszentrum Loogarten in Zürich Altstetten ist nur gespielt. «Verdammt gut gespielt aber», sagt ein Jugendlicher. Die Situation gehört zu einem 90-minütigen «Statt Gewalt»-Rundgang, den dieser Verein zusammen mit der Stadtpolizei, der offenen Jugendarbeit und einem Berner Theaterensemble in Zürich derzeit anbietet. Rund 30 Personen haben gestern Nachmittag teilgenommen, darunter einige Lokalpolitiker und gut 20 Peacemaker, also Schülerinnen und Schüler, die in ihrem Schulhaus bei Konfliktsituationen einschreiten.

«Hau ab, du schtinksch!»

Und genau das ist jetzt gefragt: Einschreiten. Wer von den Zuschauern eine Idee hat, trägt diese vor und setzt sie hernach um. Die Schauspielerinnen und die zwei Schauspieler – alle drei deutlich über die 30 – wiederholen die Szene mehrmals. «Du Wixer!», heisst erneut. Marco reagiert noch aggressiver als beim ersten Mal. Plötzlich geht Miriam (15), Peacemaker in einem Zürcher Schulhaus, beherzt dazwischen und ruft: «Hör uf, Mann!» Marco dreht sich zu ihr um: «Was isch, wotsch mi aamache, hau ab, du schtinksch!» Immerhin: Diesmal lässt Marco vom Hauswart ab. «Es hat Mut gebraucht», wird Miriam später sagen.



PRÜGEL Schauspieler demonstrierten gestern Nachmittag in Zürich Altstetten eine Gewaltszene. SUSI BODMER

Mut, der den Jungs offensichtlich fehlt. Während die Mädchen immer wieder intervenieren, bleiben ihre männlichen Altersgenossen stumm und reissen höchstens Sprüche im Verborgenen. Einer sagt leise zu seinem Kollegen: «Ich würde schon dazwischen gehen, aber alleine gegen diesen Typen.» Sind die Mädchen mutiger? «Nein», finden Fabian und Raffaele (beide 15), beide ebenfalls Peacemaker, «wir hatten nur keine gute Idee, wie wir die Sache klären könnten.»

Auch zur nächsten Szene fällt ihnen allerdings nichts ein: In einem extra bereit gestellten Bus belästigen zwei Männer eine Frau. «Du bist ein ganz scharfes Geschütz!», sagt der eine und drängt sie mit gierigem Blick in die Ecke. Diesmal greift Markus Jelk (51) ein – er ist als «interes-

sierter» Anwohner auf dem Rundgang dabei. «Fühlen Sie sich belästigt?», fragt er die Frau. Dieser ist es, inmitten von nun drei Männern, ziemlich unwohl. Die billige Anmache geht weiter. Da schreit Jelk in den Bus: «Was ist mit euch? Warum hilft niemand? Alle schauen nur zu!» Betretens Schweigen. Dann applaudieren die Rundgang-Teilnehmer ob so viel Zivilcourage.

Saufen und verschmieren

Zivilcourage ist auch bei der dritten Situation gefragt: Die Schauspielerin und die zwei Schauspieler machen sich in einer kleinen Parkanlage breit. Sie hören laut Musik, saufen Bier, verschmieren Sitzbänke. «Wenn ich das suchst mache, chömed immer grad d Bulle», witzelt ein junger Zuschauer. Die Szene wird wiederholt,

doch niemand ruft «Stopp!» und hat eine Idee. Jemand sagt: «Ich finde das gar nicht so schlimm, die hängen ja bloss ein bisschen rum.» Beim dritten Durchgang jedoch meldet sich Peacemaker Gemma (15): «Könnt ihr bitte die Musik leiser stellen? Wir befinden uns hier mitten in einem Wohnquartier.» Die beiden Männer lachen bloss.

SP-Gemeinderätin Gabriela Meier Schmucki (45) macht später kurzen Prozess: Sie schnappt sich den CD-Spieler und rennt davon. In ungeheurem Tempo. Ein Peacemaker kommentiert: «Hey, coole Aktion einer Erwachsenen.»

Weitere «Statt Gewalt»-Rundgänge finden heute um 10 und 14 Uhr in Zürich Altstetten statt. Anmeldung: gz-loogarten@gz-zh.ch. Die «Statt Gewalt»-Rundgänge werden ausserdem in diversen anderen Gemeinden durchgeführt.

ZIVILCOURAGE ZEIGEN

Wer Zeuge von **Gewalt, Vandalismus** oder einem **sexuellen Übergriff** wird, soll laut Verein National Coalition Building Institute nicht schweigen, sondern Zivilcourage zeigen. «Dies ist **keine Frage der Kraft**, entscheidend ist viel mehr, den Angreifer im richtigen Moment abzulenken.» Auf **keinen Fall** solle man ihn **bedrohen, beleidigen oder gar berühren**. «Meist wartet man mit der Intervention zu lange, ist selber genervt, womit es umso schwieriger wird, konstruktiv einzugreifen.» Wichtig sei, **offene Fragen** zu stellen, **Bitten zu formulieren**. Trotzdem: An oberster Stelle **stehe, sich selbst zu schützen**, nicht den Helden zu spielen, «und wens **brenzlig** wird, die **Polizei rufen**.» (ROH)



RANDALE Bürgerliche wollen Tag der Arbeit abschaffen. MÜLLER/EO

«Eine peinliche Übung»

1. Mai Als Feiertag ersatzlos streichen?

ROMAN HODEL UND MATTHIAS SCHARRER

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, können Zürcherinnen und Zürcher zurücklehnen, ausspannen. Ein offizieller Feiertag. Noch. Denn SVP, FDP und EDU wollen ihn wegen der alljährlichen Ausschreitungen in der Stadt Zürich streichen. Die kantonsrätliche Kommission für Staat und Gemeinden unterstützt die parlamentarische Initiative der SVP mit 8 zu 7 Stimmen, meldete der «Tages-Anzeiger» gestern.

Katharina Kull (FDP), die Präsidentin der Kommission, bestätigte auf Anfrage, dass sich eine Mehrheit der Kommission für die Abschaffung des Feiertags am 1. Mai ausgesprochen habe. Zum Stimmenverhältnis machte sie jedoch ebenso keine Angaben wie zu ihrer eigenen Haltung. Kull betonte zudem, es handle sich lediglich um einen Zwischenbericht. Die Kantonsregierung muss nun innerhalb von sechs Monaten dazu Stellung nehmen. Dann legt die Kommission dem Kantonsrat ihren Schlussantrag vor, über den das Parlament schliesslich zu entscheiden hat.

Als Ersatz für den gestrichenen 1. Mai schwebte den SVP-Initianten eigentlich ein frei wählbarer Jokertag vor – doch daraus wird nichts. Gemäss Arbeitsgesetz des Bundes dürfen die Angestellten einen Feiertag nämlich nicht selber auswählen.

SP droht mit Referendum

«Das ganze ist eine peinliche Übung», sagt Nicolas Galladé, Präsident der SP-Fraktion im Kantonsrat, «wegen ein paar Chaoten will man den ganzen Kanton Zürich kollektiv bestrafen.» Was ihn besonders ärgert, dass die FDP der SVP als Steigbügelhalter dient: «Eine Bankrott-erklärung des einstig liberalen Freisinns.»

Galladé stellt nicht in Abrede, dass die Ausschreitungen am 1. Mai «wegen gewaltbereiter Idioten» ein Problem darstellen, «aber dann müsste man beispielsweise auch Fussballspiele abschaffen.» Für den SP-Fraktionschef ist klar, das Volk lasse sich den 1. Mai nicht wegnehmen. «Falls der Kantonsrat Ja sagen würde zur Abschaffung, ergreifen wir mit hoher Wahrscheinlichkeit das Referendum.»

Allerdings ist die Chance gross, dass der Kantonsrat die SVP-Initiative ablehnt. Denn auch wenn sich SVP, FDP und EDU geschlossen dafür aussprechen würden, brächten sie es lediglich auf 89 von 180 Stimmen.

594 Fälle von Missbrauch

Sozialhilfe Starke Zunahme der aufgedeckten Fälle in der Stadt Zürich, Abnahme der Fälle insgesamt

Das Stadtzürcher Sozialdepartement kommt immer mehr Personen auf die Schliche, die unrechtmässig Gelder erschlichen oder ertrogen hatten: Letztes Jahr wurden 594 Fälle aufgedeckt, im Jahr zuvor waren es noch 487 gewesen.

ALFRED BORTER

Die Sozialhilfebehörde ist im letzten Jahr dem Missbrauch energischer zuleibe gerückt: In 482 Fällen stellte sie unrechtmässigen Bezug von Leistungen fest und forderte 5,3 Millionen Franken zurück; im Vorjahr hatte man 380 Fälle gezählt mit einer Rückforderungssumme von 4,1 Millionen. Dazu kamen letztes Jahr 112 Fälle von zweckentfremdet verwendeten Geldern, fünf mehr als ein Jahr zuvor.

Bessere Aufklärungsmittel

Die Rückforderungen betreffen 4,5 Prozent der Klientinnen und Klienten. Zum Teil geht man gegen sie auch mit Strafanzeigen vor. Wie viel an unrechtmässig bezogenen Geldern tatsächlich zurückfliesst, ist unsicher; im

einen oder andern Fall wird nicht mehr als ein Verlustschein resultieren.

Wie Urs Lauffer, der Vizepräsident der Sozialbehörde der Stadt Zürich und als FDP-Kantonsrat politisch aktiv, betonte, ist es nicht so, dass mehr geschwindelt und betrogen würde als früher, sondern das Instrumentarium, um gegen Schwindler und Betrüger vorzugehen, sei besser geworden.

Dazu gehört der Einsatz der Mitte letzten Jahres angestellten Sozialdetektive, die verdeckt ermitteln. In den ersten neun Monaten ihres Wirkens haben sie 67 Untersuchungen abschliessen können, wobei sie in 49 Fällen verheimlichte Vermögenswerte, Einkommen und Nebeneinkünfte, nicht angegebene Fahrzeuge, falsche Angaben zur Haushaltgrösse, längere Landesabwesenheit, Scheinehe und anderes mehr registriert haben.

«Die Einrichtung bewährt sich», lautete Lauffers Bilanz. Was er als ernsthaftes Problem bezeichnet, ist der Umstand, dass knapp 80 Prozent der Verdachtsfälle Personen mit Migrationshintergrund betreffen.

Damit die Arbeiten zügig vorangetrieben werden können, wird auf

Mitte Jahr zu den bisherigen 3,5 Stellen hinzu eine zusätzliche Vollzeitstelle geschaffen.

Für bedenklich hält er die Einstellung von Leuten, denen man die Sozialhilfe aus guten Gründen gekürzt oder ganz gestrichen hat, die sich einfach einen Anwalt nehmen und mit allen rechtlichen Mitteln dagegen vorgehen. «Vor allem Leute, die mit einer gewissen kriminellen Energie unrechtmässig Leistungen bezogen haben, wehren sich so», hielt er fest.

Auch Positives zu melden

Lauffer hatte aber nicht nur Negative zu vermelden. So verwies er darauf, dass die Zahl der Personen, die letztes Jahr von der Sozialhilfe unterstützt wurden, aber wieder finanziell selbstständig wurden, grösser war als die Zahl der Neuzugänge. 4234 Personen schafften es, sich von der Sozialhilfe zu lösen, 3476 mussten neu Hilfe beantragen. Vom Höchststand der Fälle im April 2006, der bei 9199 lag, ist man im vergangenen März wieder bei 8453 Fällen angelangt. Lauffer warnte allerdings vor dem Irrglauben, es gehe in diesem Tempo weiter. Nach seiner

Einschätzung dürfte sich die Zahl bei etwa 8000 einpendeln.

Insgesamt haben letztes Jahr rund 21 300 Personen für kürzere oder längere Zeit um Sozialhilfe nachgesucht; das bedeutet einen Rückgang um 3,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Generell gilt, dass Ausländer im Durchschnitt häufiger Sozialhilfe benötigen als Schweizer; bei einem Anteil von einem Drittel an der Wohnbevölkerung stellen sie knapp die Hälfte der Sozialhilfebezügler. Als erschreckend bezeichnete Lauffer die Tatsache, dass 11,4 Prozent der unter 18-Jährigen auf Sozialhilfe angewiesen sind. Lauffer betonte, in den Sozialzentren versuche man, die Chancen gerade auch der jungen Menschen zu verbessern, damit sie nach dem Schulaustritt ins Erwerbsleben einsteigen können.

Die finanziellen Auswirkungen des Rückgangs der Fallzahlen im letzten Jahr sind erheblich: Statt 284 Millionen belief sich der Aufwand noch auf 268 Millionen, und nach Abzug verschiedener Einnahmen von Kanton und Bund blieb ein Aufwand von 111 Millionen Franken zu decken.

INSERAT



«Es geht nicht nur um Einzelschicksale – auch die Allgemeinheit wird die vermehrten Rehospitalisationen teuer bezahlen.»

1. Juni 2008

NEIN zum Kassendiktat!

www.kassendiktat.ch
Komitee «NEIN zum Kassendiktat» • Postfach 55 • 3000 Bern 15